

## **Änderungsanträge zum Leitantrag zum Landesparteitag 9.12 – 10.12.2023**

Antragsteller bei allen Änderungsanträgen:

DIE LINKE. KV Rhein-Erft

## **1. Klimageld der Bundesregierung:**

### **Beschlussentwurf:**

In Z.9 zwischen „Kindergrundsicherung“ und „Arbeitsmarktpolitik“ einfügen „Klimageld“

### **Begründung:**

Wenngleich CO<sub>2</sub> Preise und marktwirtschaftliche Instrumente in der Bekämpfung des Klimawandels kritisiert werden sollten, leiden unter den aktuell gestiegenen CO<sub>2</sub> Preisen vor allem die abhängig Beschäftigten. DIE LINKE NRW. sollte sich daher offensiv für die Rückverteilung der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub> Steuer in Form eines Klimageldes einsetzen, von der vor allem mittlere und untere Einkommen profitieren würden. Obwohl die Bundesregierung die Einführung eines solchen Klimageldes angekündigt hat, gibt es nach über der Hälfte der Legislaturperiode weder ein Konzept noch einen Gesetzesentwurf.

## **2. Kritik an Aufrüstung präzisieren:**

### **Beschlussentwurf:**

In Z.17 „hunderte Milliarden“ in „über 150 Milliarden im Jahr 2023“ umändern

### **Begründung:**

Unsere Kritik an der Idiotie eines riesigen Aufrüstungspaketes, für das scheinbar genug Geld da ist, während Bildung, Klimaschutz und Soziales auf der Strecke bleiben, ist absolut richtig und sollte von uns offensiv vertreten werden. Wir sollten dabei aber präzise, auf Grundlage der Fakten, argumentieren. Selbst wenn man den Haushalt des Verteidigungsministeriums und das Sondervermögen zusammenrechnet, kommt man auf „nur“ 150 Milliarden Aufrüstung.

### **3. Vernachlässigung der Kommunen durch Land und Bund plastischer darstellen**

#### **Beschlussentwurf:**

In Z.64 hinter „Kommunalfinanzierung“ einfügen: „durch eine Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes, welche den Kommunen, die ihre Hebesätze bei der Gewerbesteuer auf ein Niveau von unter 75% des Landesdurchschnitts senken, die Schlüsselzuweisungen zugunsten der übrigen zu kürzen. Außerdem schließt sich die LINKE NRW der Forderung von Ver.di an, dass das Land NRW ein Sondervermögen auflegen soll, welches die Tilgung von Kassenkrediten der Kommunen übernehmen soll, die sich in der Haushaltssicherung befinden.“

#### **Begründung:**

Die Vorgeschlagene Änderung, zeigt klare Wege der Entschuldung auf. Zudem greift die „Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes“ eine Forderung auf, die sich bereits in unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2022 findet (vgl. S.40 Z.32 f.). Die Forderung nach der Einrichtung eines Sondervermögens „NRW Kasse“ greift eine sehr gut durchdachte Forderung von Ver.di auf, die den Kommunen die Selbstbestimmung über ihre Haushaltspolitik zurückgibt.

#### **4. Talentschulen der FDP gescheitert**

##### **Beschlussentwurf:**

Am Ende von Z.86 einfügen „Dabei grenzen wir uns klar ab vom krachend gescheiterten Projekt der FDP der sogenannten „Talentschulen“ ab.

##### **Begründung:**

DIE LINKE. NRW sollte ihre Kritik an den von der FDP forcierten Talentschulen an dieser Stelle deutlich machen. Wir stehen für eine Bildungspolitik, die sich an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der jeweiligen Kinder orientiert und nicht für eine neoliberale Produktion zukünftiger Eliten.

## **5. „bedarfsdeckend“ klarer als „bedarfsgerecht“**

### **Beschlussentwurf:**

In Z. 89 „bedarfsgerecht“ durch „bedarfsdeckend“ ersetzen.

### **Begründung:**

Während man durchaus diskutieren kann, was „bedarfsgerecht“ bedeutet, ist klar geregelt was „bedarfsdeckend“ bedeutet. Der Begriff ist also klarer und lässt sich so keinen Raum für Spekulation und Aufweichung der Forderung nach genügend Kita-Plätzen für Alle.

## **6. Industriestiftungen statt Vergesellschaftung**

### **Beschlussentwurf:**

In Z. 139 folgende Passage „müssen die Energiekonzerne vergesellschaftet werden“ streichen und durch „muss der Staat sich durch die Gründung von Industriestiftungen, Anstalten öffentlichen Rechts und anderen öffentliche Beteiligungsformen an den Energiekonzernen beteiligen.“

### **Begründung:**

DIE LINKE. NRW sollte auch in der Industriepolitik konsistent argumentieren. So wurde die Gründung von Industriestiftungen bereits im Programm zur Landtagswahl 2022 gefordert (vgl. S.31 Z.30-36). Darüber hinaus knüpft die Formulierung explizit an die und gemeinsame Erklärung „Den Umbau gerecht gestalten“ der Landesvorsitzenden, der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Partei vom 5.November.2023 an (vgl. <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/den-umbau-gerecht-gestalten/>). Dieses Papier wurde einstimmig – auch mit den Stimmen der NRW Landesvorsitzenden – beschlossen.

## **7. Sprachliche Präzisierung ÖPNV**

### **Beschlussentwurf:**

In Z.157 zwischen „barrierefreien“ und „Nahverkehr“ einfügen „öffentlichen“

### **Begründung:**

Es handelt sich um eine sprachliche Präzisierung. DIE LINKE NRW. sollte deutlich machen, dass der Nahverkehr, für den wir kämpfen, nicht nur ein gut ausgebauter, bezahlbarer und barrierefreier, sondern auch ein öffentlicher (also nicht privatisierter), ist.



## **8. Präzisierung Abkehr von der Auto-zentrierten Verkehrspolitik**

### **Beschlussentwurf:**

In Z. 163 nach „Verkehrspolitik“ einfügen „hin zu einem stärkeren Fokus auf den Schienenverkehr mit besonderem Augenmerk auf Schienengüter und Schienenpersonennahverkehr.“

### **Begründung:**

Wir sollten klar benennen, worin unsere Alternativen zum Auto liegen.

## **9. Rechte Gewalt und Hetze klar benennen, aber mit angemessenen Formulierungen**

### **Beschlussentwurf:**

In Z. 179 „rassistische Pogromstimmung“ ersetzen durch: „eine Spaltung der Gesellschaft, ein Klima der Angst, des Hasses und der Intoleranz, die vereinzelt bereits zu Gewaltausbrüchen führt. Dagegen müssen wir ein breites antifaschistisches Bündnis bilden.“

### **Begründung:**

Pogrome sind per Definition, gewalttätige Ausschreitungen einer Mehrheit gegen eine Minderheit. So eine Stimmung haben wir glücklicherweise noch nicht, es gibt zwar Vorfälle der Gewalt gegen Menschen mit migrantischem, muslimischen oder jüdischem Hintergrund, wir sind aber weit davon entfernt, dass wir große, wütende Massen haben, die solche Menschen lynchen wollen. Wenn wir jetzt davon sprechen, dass die AfD eine „rassistische Pogromstimmung“ schürt, räumen wir der AfD einen größeren Einfluss und eine größere Definitionsmacht, als sie unglücklicherweise schon hat.

## **10. Kreisverbände schon zu Beginn des Erneuerungsprozesses beteiligen**

### **Beschlussentwurf:**

In Z. 265 nach „erstellt“ einfügen: „in Zusammenarbeit mit den Vorständen der Kreisverbände“

### **Begründung:**

Uns allen ist eine Erneuerung wichtig. Damit diese gelingen kann, müssen die Kreise schon zu Beginn des Prozesses eingebunden werden. Denn erstes Ziel muss es sein die Kommunikation zwischen den Ebenen Kommune, Kreis und Land zu verbessern. Dafür müssen die Kreisverbände bereits an der Ausarbeitung der Planung beteiligt werden, da sie, aus ihrer Erfahrung an der Basis heraus, wichtige Anmerkungen zur Umsetzung eines Strukturwandels haben.

## **11. Schaffung eines hybriden Modells bei den Landesvorstandssitzungen**

### **Beschlussentwurf:**

In Z.272 nach „in Präsenz statt“ einfügen: „In Zukunft soll eine digitale Teilnahme ermöglicht werden.“

### **Begründung:**

Unser Bundesland NRW ist der viertgrößte Flächenstaat der Bundesrepublik, die Vorstandssitzungen finden aber jedes Mal in der Landeshauptstadt Düsseldorf statt. Die meisten Genoss\*innen die sich in der Partei aktiv und interessiert engagieren sind aber auch beruflich sehr eingebunden, es ist vielen nicht zuzumuten monatlich nach Düsseldorf zu pendeln, um einige Stunden Landesvorstandssitzung zu verfolgen. Das gilt besonders, wenn nur einige Tagesordnungspunkte der Landesvorstandssitzung wie Anträge oder Berichte aus den Kreisverbänden verfolgt werden sollen. Den Kerngedanken, dass Landesvorstandssitzungen in Präsenz zu besseren Beschlüssen führen, teilen wir, weshalb explizit die Landesvorstandsmitglieder weiterhin in Düsseldorf vor Ort tagen sollten.

## **12. Konkretisierung der Mitgliederbeteiligung**

**Beschlussentwurf:** In Z.290 nach „Delegierten“ einfügen: Zum Beispiel könnte es einen regelmäßigen Mitgliederzoom mit den Landesvorsitzenden geben, wie es auf Bundesebene üblich ist.

**Begründung:** Eine digitale Beteiligung aller Mitglieder, um über Lob, Kritik und Anregungen auf Landesebene zu diskutieren, erscheint erstrebenswert.